presse

Kakophonie der Bundesregierung zu Banken- und Finanzmarktsteuern geht immer weiter

Zu neuesten Spekulationen in den Medien über eventuelle Absichten der Bundesregierung gegen Banken und Finanzmarktspekulationen erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim Poß:

Jeden Tag geht die Kakophonie der Bundesregierung zu Banken- und Finanzmarktsteuern weiter. Für Kanzlerin und Finanminister ist manches denkbar, möglich, wünschenswert oder vielleicht doch lieber nicht. Joachim Poß kritisiert diese Strategie des Einlullens der Öffentlichkeit, um bloß nicht den Banken und Finanzindustrie zu nahe zu treten.

Beständig wird aus den Reihen der Bundesregierung über Maßnahmen zur angemessenen Beteiligung der Banken an den Krisenkosten und zur Eindämmung von Finanzmarktspekulationen und Boni-Exzessen schwadroniert.

Manches - so die Kanzlerin oder auch der Bundesfinanzminister und ihre Beamten - sei denkbar, möglich, wünschenswert; anderes dann aber eher nicht oder unter bestimmten Bedingungen doch.

Manches gehe vielleicht national, vielleicht aber auch nicht - oder doch nur mit den USA, oder auch europäisch oder doch eher nicht.

Und jeden Tag geht diese Kakophonie aus der Regierung weiter und findet ihre Abnehmer in der Öffentlichkeit.

Klare Initiativen und jetzt schon ohne weiteres mögliche Gesetzentwürfe der Bundesregierung - zum Beispiel zur Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Boni als Betriebsausgaben - werden allerdings nach wie vor nicht vorgelegt.

Offensichtlich werden hier auch die einzelnen Instrumente - Finanztransaktionssteuer, Boni-Steuer/Abgabe; Bankensteuer/-abgabe - gegeneinander ausgespielt.

Das ist nach wie vor die Strategie von Merkel und Schäuble: Mit allgemeinem Gerede die Öffentlichkeit einlullen und besänftigen - aber im Konkreten wie über eigene Initiativen und Gesetze den Banken und der Finanzindustrie nicht zu nahe treten.

Die SPD hat im Gegensatz dazu eine klare und konkrete Gegenposition, die in der kommenden Woche im Deutschen Bundestag vorgestellt und debattiert wird:

Wir fordern die Bundesregierung auf

- sich konsequent für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionsbesteuerung einzusetzen. Sollte sich auf internationaler Ebene keine Einigung erzielen lassen, soll eine europäische Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Kann weder eine internationale noch eine europäische Übereinkunft erreicht werden, soll als erster Schritt eine nationale Börsenumsatzbesteuerung nach britischem Vorbild eingeführt werden.

- die zuletzt erste Erfolge zeigenden nationalen und internationalen Maßnahmen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung mit Nachdruck weiterführen.

- bei der Umsetzung ihrer Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht in Deutschland auf alle Maßnahmen zu verzichten, die die Aufsicht institutionell oder personell schwächen könnten. Dazu gehört auch, dass die in der Aufsicht tätigen nicht durch monatelange Diskussionen über die zukünftigen Strukturen verunsichert werden. Im Gegenteil muss die Aufsicht gestärkt und für eine wirksame Kooperation im Rahmen der

internationalen und europäischen Aufsichtsgremien fit gemacht werden.

- unverzüglich Maßnahmen für eine angemessene Beteiligung der Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung zu ergreifen und umgehend für eine wirksame Begrenzung der Banker-Boni zu sorgen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss sofort umgesetzt werden.